

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 M., durch die Post monatlich
8,25 M., vierteljährlich 24,75 M.
einschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter
Ecole-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Redaktions nur mit der
Zeitungsende, Ecole-Zeitung ge-
stellt. Ferner der Schriftleitung Nr.
1146, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1153, der Zeitsp. Abt. Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Land-Zeitung

Sechshundertfünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 6 Spalten zu 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
familiärenzeigen 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unser Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigenvermittler. Erfüllungsort:
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-
Geschäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 1a, Gr. Braubachstr. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 22115.

Nr. 439.

Halle, Dienstag, den 20. September 1921.

Einselpreis 30 Pfg.

Frankreich in Oberschlesien.

(Von einem Neutralen.)

Die Prager Bohemia schreibt: Der erste Tag an dem ich Oberschlesien im Automobil bereite, genagte für mich, um mit meine Ansicht zu bilden. Daß sich die Polen mit den Franzosen verbrüderten, daß die Franzosen den weißen Adler am Halbe trugen, daß in der Nähe von Gleiwitz die Injuranten aus der französischen Kolonne vertrieben wurden, daß die Belagerung der Injurantenarmee mit Vergin und Munition durch die Franzosen erfolgte, daß überhaupt die Franzosen den gesamten Autodienst der polnischen Aufständischen versehen — dies alles sind Dinge, altbekannt in Oberschlesien, aber vollkommen neu für uns! Denn eines Tages erklärte mir General de Brantes auf eine Frage nach Korsant, daß Korsant im Grunde nichts anderes als das Haupt der Aufreißer und daß es unmöglich sei, unmittelbar (!) mit ihm zu verhandeln. Aber, so wichtiges Zusammenreffen: als ich mich am nächsten Tage um Hauptquartier Korsant begab, traf ich General de Brantes, der jedoch von einem Frühstück kam, daß er gemeinlich mit dem Hauptling der Injuranten einzuwimmern hatte! Aber die Aufzählung all jener Fälle, die das französisch-polnische Einvernehmen genauer zeigen würden, wäre langweilig, monoton und unnütz. Selbst die Franzosen denken nicht daran, es zu leugnen, nur erklärten sie, daß die Deutschen den Krieg noch zu wenig gründlich verloren hätten.

Mit der Ankunft Sir Harald Stuarts änderte sich die Sachlage einigermaßen. Nicht als ob sich England des Schicksals Oberschlesiens erbarnt hätte, das gänzlich in die Hände Frankreichs gelegt war — Ähnliches mag man vielleicht im Geschichtsunterricht der Elementarlassen in etwa 20 Jahren lesen, aber Lloyd George gewahrte, daß er mit Oberschlesien eine gewichtige Karte in Händen hatte, die er gegen Polen dienlich machen könnte. So kam es, daß sich in London die Unannehmlichkeit der französischen Forderungen und daß man entdeckte, daß sich Franzosen und Polen in Oberschlesien gegen das Völkerrecht und die Gesetze der Menschlichkeit vergangen hätten.

Die erste Auseinandersetzung Le Ronds und Stuarts geschah bereits an dem Tage nach der Ankunft des englischen Oberkommissars. „Warum haben sich die Truppen niemals mit der Waffe in der Hand den öffentlichen Verletzungen der Neutralität entgegengestellt, die von den polnischen Injuranten in ihrer Gegenwart vollbracht wurden?“ fragte in voller Unkenntnis Sir Harald Stuart den überzogenen und verblüfften Le Rond. Die Chronik gibt keinen Aufschluß über die Antwort des französischen Generals, aber es kann keinen Zweifel geben, daß sich gegenüber einer Frage von so kindlicher Dummheit das vollkommene Gemüß von Diplomaten und Korsant, das die Stärke des französischen Kommissars ist, nicht so leicht aus der Affäre gezogen hat. Seither verkehrt Le Rond mit Stuart mit einem honigreichen Lächeln der Höflichkeit, mit einer gekünstelten Feindschaft, mit der Le Rond jenes Spiel zu verlieren trachtete, das er bis dort hin mit offenen Karten spielen konnte: tatsächlich herrschte ein nicht immer verschleierte Mißtrauen, das bei ein oder zwei Gelegenheiten in einem offenen Konflikt auszubringen drohte. Als es sich darum handelte, die Okkupationszonen der Franzosen und Engländer festzusetzen, und General Gratier die unbenutzbare Wahrheit in seinen Berichten mit einigen Daten in einer pittoresken, aber ein wenig übertriebenen Weise gemeinsam bezugnehmend, bekam der General von Hanneler einen Brief, der sagt: „Ich bin geneigt, mit großem Bedauern meinem Gefühl Ausdruck zu geben, daß ich in meinen Beziehungen mit Ihnen vollkommen ohne Freimit und Graubildigkeit behandelt bin.“ Darauf legte er die verschiedenen Fälle dar und erklärte, daß die englischen Truppen jedenfalls die Zone von Bentzen besetzen würden, obwohl es Le Rond nicht künftigt, daß sich in Injurantenrepublik Truppen anderer Nationalität, als französische aufstellten. Der Brief endete, daß General Hanneler in dieser Frage mit Sir Harald Stuart vollkommen einig sei. Zwei Tage später, bei einem von den Engländern in Groß-Strelitz gegebenen Bankett, waren Le Rond und Stuart, sowie Hanneler und Gratier zusammen und bildeten, wie es sich von selbst versteht, den Mittelpunkt der glänzenden Gesellschaft; die beiden Franzosen gaben sich den Anschein des engsten freundschaftlichen Einverständnisses mit den Engländern.

Als die ersten Zusammenkünfte darüber waren, begriffen die Franzosen, daß man die Latit wechseln müsse, wenigstens gegenüber den nunmehr nicht mehr gleichgültigen Engländern. Seither bekam jeder dieser tragischen Fälle, die in diesem ballantischen Lande an der Tagesordnung sind, ein doppeltes Gesicht: ein wahres und ein offizielles, und dieses letztere vor gewöhnlich durch eine große Anzahl von Zeugen geführt. In Oberschlesien ist es ja so leicht, Zeugen für alles zu finden, was man nur will! So war es beim englischen Wachmeister Seneker, der bei Malopone ermordet wurde, so bei den in der Nähe von Ranzgün ver-

wunderten Franzosen; so und nicht anders war es auch bei der Ermordung des Majors Montalegre. So war es bei jedem Getöteten, bei jedem Zugabergang, bei jeder räuberischen Unternehmung gegen eine Siedlung, bei jeder räuberischen Unternehmung gegen ein Element und ganz polnischer Art und Weise. Niemals fehlten Zeugen und Dokumente, die französische Besatzung zu beweisen. Dies erklärt auch die diplomatische Unvergleichbarkeit, die die letzte Note Frankreichs an Deutschland darstellt. Als ich mit mehreren französischen Offizieren in Gleiwitz zusammen war, lasteten diese selbst darüber. Ich bemerkte, daß vielleicht die Uebereinstimmungen der Note der französischen Aktion jehader würden und doch es für England und Italien unmöglich sein werde, die Verantwortung zu tragen, die sich bei einem Anschlag auf den Schritt Frankreichs ergeben würde. Aber ein junger Kapitän sagte mir: „Die Wahres hätte den Krieg nicht verlieren sollen, das ist alles.“ Vielleicht aber, wenn man den Franzosen alles durchgehen läßt, so werden nicht nur die Deutschen den Krieg verloren haben, sondern auch jene Nationen, ohne die Frankreich niemals den Krieg gewonnen hätte. Gleichviel, mag das Ergebnis der Entscheidung der Entente über die oberschlesische Grenze sein, wie immer sie will, für Deutschland stellt sie einen großen Vorteil dar. Den Vorteil, das Ende der Entente beizubringen und Europa einer neuen diplomatischen Orientierung zugeführt zu haben, in der vielleicht die eine oder die andere Großmacht ein Interesse daran hat, daß Deutschland eine starke und mächtige Nation ist.

Zurückziehung der Ruhrarmee.

Berlin, 19. Sept. Die französische Regierung hat der deutschen Regierung am 17. Sept. folgende Note übersandt:

Die französische Regierung hat die Zurückziehung der im Mai 1921 in die besetzten Gebiete geschickten Truppen nach Frankreich beschlossen. Die Truppenbewegung soll am 15. Sept. beginnen und vor Ende des Monats beendet sein. Es handelt sich hierbei nicht um die Aufhebung der militärischen Sanktionen, sondern nur um die Zurückziehung der logenannten Ruhrarmee, die zur Besetzung des Ruhrreviers für den Fall bereitgestellt war, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht wohl nachkommt. Aus der Mahnung geht hervor, daß Frankreich seine Hoffnung auf eine Befehung des Ruhrreviers derzeit ausgegeben hat.

Im „Matin“ vom 19. Sept. veröffentlichte Pointcaré einen Artikel, in dem er fordert, daß Frankreich formell das Recht zugestanden werde, bis zur völligen Bezahlung der Schulden durch Deutschland am Rhein zu bleiben.

General de Metz und die pfälzischen Kommunisten.

Die Speyerer Kommunisten, die unter dem Namen „Republikanische Demoprogramm“ mit Unterstützung der französischen Besatzungsbehörden den Silberturn im Regierungsgelände und die Vorgänge am 7. Sept. in den Katakomben, haben gestern im Staatsgebäude des General de Metz, des Oberdelegierten der Rheinlandkommission für die Pfalz, eine Versprechung über die von ihr geplante Aktion zum Sturze der Pfälzischen Regierung. Die Franzosen haben jedoch diesmal die Unterstützung der Aktion wegen der eingetretenen Spaltung der pfälzischen Arbeiterkraft abgelehnt. Nachdem die S. P. D. und die U. S. P. D. der Pfalz die gemeinsamen Absichten der Kommunisten und ihrer Hintermänner erkannt und deshalb jede Gemeinschaft mit Kommunisten selbst bei Demonstrationen gegen die Regierung abgelehnt haben, ist General de Metz vorläufiger geworden, daß er ebenfalls erkannt hat, daß sein Plan, mit Hilfe der pfälzischen Arbeiterkräfte die Regierung zu stürzen und selbst die Regierung zu übernehmen, infolge der entscheidenden Haltung des weitest größten Teiles der Arbeiterklasse wenigstens vorläufig keine Aussicht auf Erfolg hat.

Die Ueberautokratie der Saarregierung.

Der Beirat der Kriegshinterbliebenen in der Saarpfalz hat in einer Entscheidung seine Weigerung kundgegeben, ohne herbeizuhelfende Maßnahmen der Regierung zusammenzutreten, da die Mitglieder des Beirats außerstande seien, ihr Amt in einer für das Wohl der Hinterbliebenen erforderlichen Weise auszuüben, wenn die Regierungskommission weiter die einseitigsten Beschränkungen in bezug auf die zu billigen Mittel anwendet. Die Saarbrücker Volksstimme schreibt in diesen Zusammenhängen, das Behalten der Antikommunisten durch die Regierung möge sich täglich mehr bemerkbar, antirassistisch zu verhalten und jedes, sei es auch das geringste Mißbilligungs- und Selbstbestimmungsrecht des Volkes zu vernichten. Das Blatt schreibt: Was hat man nicht schon alles von dieser Völkerbundesregierung vorgelegt bekommen und was wird man noch alles haben von diesem Organ des Völkerbundes? Nach dem papiernen Wortlaut soll der Völkerbund ein Verleugner jeder Völkerbrüderung sein. Er soll auch ein-

treten für die Selbstbestimmung der Völker. Ja wo denn? In Saarabien herrscht der Völkerbundsbeauftragte überautokratisch.

Die „friedliebende“ Rheinlandkommission

Nach einer Savasammlung aus Koblenz beschloß die internationalen Rheinlandkommission, die Einführung derjenigen Publikationsorgane ins besetzte Gebiet entfällt zu untersagen, die schon zweimal suspendiert wurden und dieser doppelten Warnung nicht Rechnung trugen. Bei dieser Gelegenheit hat die Kommission den deutschen Reichskommissar ermahnt, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die „unheilvolle Rolle“ zu lenken, die die Haltung mehrerer deutscher Blätter für die Wiederherstellung der Friedensbedingungen in Europa darstellt. Die deutsche Regierung werde wohl alle Anpreisungen machen, daß sowohl im besetzten als im unbesetzten Deutschland die heftigen Angriffe gegen die Besatzungsbehörden und gegen die alliierten Mächte aufhöre, die gleichfalls die öffentliche Ordnung zu ihren drohen. (Anmerk. der Red. Ein Dauerverbot einer Zeitung im besetzten Gebiet ist nach dem Rheinlandabkommen unzulässig. Im übrigen glauben wir, daß die Haltung der Rheinlandkommission und insbesondere die des Herrn De Metz nicht weniger „unheilvoll“ ist und die Andienung friedlicher Beziehungen verhindert, als die der deutschen Zeitungen, die den Mut haben, die französischen Pläne auf Abtrennung des Rheinlands von Deutschland nicht zu unterstützen. Da außerdem kaum eine Zeitung im besetzten Gebiet erst einmal verboten worden ist, so ist dieser Beschluß der Rheinlandkommission geeignet, der deutschen Presse im besetzten Gebiet neue weitgehende Beschränkungen aufzuerlegen, wenn sie nicht überhaupt auf ein Verbot verzichten will.)

Ein neuer Bericht Weismanns.

Nach dem Lokalanzeiger hat Geheimrat Dr. Weismann einen Bericht über die Lage ausgearbeitet, den er der preussischen Regierung übermittelte. Die preussische Regierung wird diesen Bericht an die bayerische Regierung weitergeben und von einer Rücksichtnahme des Staatskommissars wird jetzt nicht gesprochen. Das B. L. wetzet, daß die nächste Sitzung des Ueberwachungsausschusses am Freitag über die bayerische Frage und die Verordnung des Reichspräsidenten verhandelt wird.

Demokratischer Arbeitertag. Steuerpolitik des Reiches und das Goldangebot der Industrie.

Der Reichsarbeitsrat hat am Sonntag und Montag im Reichstagsgebäude eine aus allen Teilen Deutschlands stark besetzte Tagung ab.

Die Gesamtsitzung wurde mit der Erledigung organisatorischer Aufgaben ausgefüllt. Am Sonntag wurden die Verhandlungen eingeleitet durch einen Vortrag, in dem Reichstagsabgeordneter Etienne die Aufgabe der Arbeitertage in der demokratischen Republik erläuterte. Der Redner forderte vom Arbeitertage wie vom Arbeitnehmer das gleiche Interesse an Wohlergehen des Staates und eine geistliche Zusammenarbeit.

Der Parteivorstand Senator Dr. Beterfen stimmte Erlesen nicht in allen Punkten zu. Für uns Demokraten sind die Komponenten der Wirtschaft Kapital und Arbeit, nicht die Arbeit allein.

In der letzten Aussprache wurde eine härtere steuerliche Belastung des Reiches verlangt. Einmütig wurde ein Antrag angenommen, der die Partei ermahnt, mit allen Mitteln für die Unantastbarkeit des Achtstundentages einzutreten.

Zur Steuerfrage referierte Dr. Silberstein. Die ganze Steuerbelastung der Nachkriegszeit ist ein ungeheures Flallo geworden, weil sie ungedeckterweise nur das Kapitalvermögen, nicht aber den Konsumkulturbereich erhöht hat. Das gilt auch für das Reichskreditwesen, bei dem die viel zu langsame Entziehung der größten Gewinne der freuerlichen Erhaltung des Reiches entgegensteht. Auch das jüngste Angebot der Industrie muß sehr vorläufig geprüft werden.

Dem mit hartem Beifall aufgenommenen Sonntag folgte eine lebhaftere Aussprache. Erlesen und andere Redner sprachen sich für Steuervereinigungen der Industrie aus, die dem Fiskus die Steuerentziehung abnehmen sollen. Gegen 5 Uhr schloß die Tagung.

Fürst Eulenburg 7

In Liebenberg ist am Sonntag nachmittag Fürst Philipp zu Eulenburg und Hartefeld gestorben.

Mit dem Fürsten Eulenburg ist ein Mann aus dem Leben geschieden, der schon seit mehr als 10 Jahren politisch und gesellschaftlich tätig war. Als Sohn des Grafen Philipp von Eulenburg widmete er sich nach einer kurzen militärischen Laufbahn der Diplomatie. Fürst Eulenburg hat schnell Karriere gemacht. Nach einem kurzen Jurastudium war er zwei Jahre Referendar. 1879 kam er bereits als Botschaftssekretär nach Paris, 1881 in gleicher Eigenschaft nach München. In den folgenden Jahren war er preussischer Gesandter an verschiedenen deutschen Höfen. Nachdem er 1894 als Botschafter nach Wien gegangen war, schied er bereits 1902 aus dem Staatsdienst aus. Aber es hatte

